



Antrag

der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Integration von AusländerInnen in der Wirtschaft

Der Landtag wolle beschließen:

Die wichtigsten Voraussetzungen für die Integration in das Wirtschaftsleben sind neben dem Erlernen der deutschen Sprache die Einbeziehung in die Berufsausbildung und Weiterbildung. Die Landesregierung wird deshalb aufgefordert, gezielte Maßnahmen zu ergreifen, um die Einbeziehung von Jugendlichen aus Einwandererfamilien in die Berufsausbildung und Weiterbildung zu verbessern:

- ❖ Der Landtag begrüßt die erfolgreiche Initiative „Migranten schaffen zusätzliche Ausbildungsplätze“, die das Land seit 1998 gemeinsam mit der türkischen Gemeinde Schleswig-Holstein gestartet hat. Durch diese Initiative wurden in Betrieben mit ausländischen Inhabern bereits über 150 Lehrstellen geschaffen. Die Erweiterung des gemeinsamen Projekts um den Ansatz „Ausbildung und Integration für Migranten (AIM)“ will gezielt ausländische Familien durch Landsleute über das deutsche Berufsausbildungssystem informieren. Der Landtag spricht sich dafür aus, diese Initiative fortzusetzen und in geeigneter Form ausbauen.
- ❖ Es ist auch erforderlich, die deutschen Betriebe stärker auf das Problem anzusprechen. Der Landesausschusses für Berufsbildung wird gebeten, sich auf Basis des Konzepts der Landesregierung zur Integration von MigrantInnen mit der Integration ausländischer Jugendlicher in die berufliche Ausbildung zu befassen.

Der Landtag sieht darüber hinaus in folgenden Punkten Handlungsbedarf, um die Integration von AusländerInnen in den Arbeitsmarkt zu verbessern und fordert die Landesregierung auf, entsprechend tätig zu werden:

- ❖ In den Pflegeberufen arbeiten sehr viele AusländerInnen als Hilfskräfte. Deshalb sollen Angebote entwickeln werden, um diese für eine Berufsausbildung oder eine Weiterbildung zu gewinnen, um ihnen eine Perspektive in einer qualifizierten Tätigkeit zu verschaffen. Auch die Anerkennung von ausländischen Qualifikationen soll erleichtert werden.

- ❖ Im Handwerk ist der Anteil von AusländerInnen als Meister oder Mitarbeiter weit geringer als in anderen Bereichen, während er in handwerksähnlichen Gewerken ohne anerkannte Ausbildungsberufe deutlich überproportional ist. Deshalb sollten Maßnahmen ergriffen werden, um die erheblichen Potentiale für die Besetzung der qualifizierten Ausbildungsplätze im Handwerk durch ausländische Jugendliche besser zu nutzen.
- ❖ Die Zulassungsbedingungen für die freien Berufe sollen daraufhin überprüft werden, ob offene und versteckte Hindernisse für AusländerInnen bestehen und wie diese beseitigt werden können.
- ❖ Im öffentlichen Dienst, der mit einem Ausländeranteil von 1,5% das Schlusslicht bildet, soll geklärt werden, worin die Ursachen liegen, und für die einzelnen Tätigkeitsfelder gezielte Maßnahmen entwickelt werden, um die Integration von AusländerInnen zu verbessern.

Im Rahmen der Globalisierung gewinnt die internationale Ausrichtung der Hochschulen an Bedeutung. Dieser Entwicklung werden unsere Hochschulen weder bei dem wissenschaftlichen Personal noch bei den Studentenzahlen bisher ausreichend gerecht. Deshalb wird die Landesregierung aufgefordert, entsprechende Maßnahmen zu ergreifen:

- ❖ Die Studienangebote sollten darauf hin überprüft werden, dass die Anrechnung von externen Teilqualifikationen unbürokratisch und flexibel gehandhabt werden kann.
- ❖ Die Werbung im Ausland für schleswig-holsteinische Hochschulen muss verbessert werden. Deshalb sollte solches Engagement auch im Rahmen der Evaluierung der Hochschulen belohnt werden.
- ❖ Hindernisse bei der Visa-Beschaffung von ausländischen Studienanwärtern oder Wissenschaftlern sollen soweit möglich beseitigt werden.
- ❖ Die Möglichkeiten für Studenten, legal Arbeit zu bekommen, sollten verbessert werden.
- ❖ Die Möglichkeiten für Studenten, die in Deutschland studiert haben, hier anschließend auch eine Berufstätigkeit aufzunehmen, sollen verbessert werden.

Birgit Herdejürgen
und Fraktion

Karl-Martin Hentschel
und Fraktion